

Pinochet will politische Häftlinge freilassen

Chiles Diktator gibt Gefangenen die Wahl des Exils / Volksabstimmung über Verfassung angekündigt

SANTIAGO, 6. April (AP/Reuter). Der chilenische Präsident Augusto Pinochet hat am Mittwochabend in Santiago bekanntgegeben, er wolle alle Gefangenen, die wegen Verstoßen gegen die Sicherheit hinter Gittern sitzen, freilassen und ins Exil schicken. „Von nun an kann niemand mehr sagen, daß es in Chile Personen gibt, die wegen der vergangenen politischen Ereignisse ihrer Freiheit beraubt sind“, sagte der General in einer vom Fernsehen übertragenen Rede. Die Betroffenen werden von der Militärregierung in Santiago nicht als politische Häftlinge bezeichnet, sondern als von Militärgerichten verurteilte Personen, die gegen die Sicherheit verstoßen haben.

Der chilenische KP-Chef Luis Corvalan und der ehemalige kommunistische Senator Jorge Montes waren die letzten Personen, die von der Regierung als politische Gefangene angesehen wurden. Corvalan wurde 1976 freigelassen und durfte das Land verlassen. Montes ging im vergangenen Jahr ins Exil.

Pinochet machte keine Angaben darüber, wie viele Personen von der Entscheidung des Präsidenten betroffen sind. 100 Personen stehen gegenwärtig noch vor Gericht und werden wahrscheinlich im Fall ihrer Verurteilung vor die Wahl gestellt, entweder ins Gefängnis zu gehen oder das Land zu verlassen. In der vergangenen Woche hatte die Regierung Carlos Lazo Frias freigelassen, der unter dem 1973 durch einen

Militärputsch gestürzten Präsidenten Salvador Allende Vizepräsident der Staatsbank war. Er reiste nach Frankreich. Er war wegen Verrats zu 30 Jahren Haft verurteilt worden.

Seit dem gewaltsamen Sturz der sozialistischen Regierung des demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende im Jahre 1973 durch rechtsgerichtete Militärs wurde in Chile eine bislang unbekannt große Zahl von linksgerichteten Personen getötet. Sie geht aber in die Zehntausende. Die Anklagen lauteten auf illegalen Besitz von Waffen und linksgerichteter Literatur bis zu Landesverrat. Internationalen Organisationen wie der Menschenrechtskommission der UN oder der Juristenkommission wurde bisher die Einreise ver-

weigert, um Menschenrechtsverletzungen in Chile zu untersuchen.

Für das kommende Jahr kündigte Pinochet ferner eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung an. Eine Kommission für die Ausarbeitung der Vorlage sei bereits eingesetzt worden. Sie solle ihren Entwurf bis zum 21. Mai vorlegen. Die Militärjunta werde die Vorlage bis Ende des Jahres prüfen und sie dann der Bevölkerung in einem Referendum zur Begutachtung vorlegen.

Die politische Macht in Chile wird nach den Worten Pinochets jedoch auch dann in der Hand der Militärs liegen. Allerdings werde Zivilisten eine größere Rolle zugestanden. Er nannte dazu jedoch keine Einzelheiten.

FAZ 15.4.78 Lesebrief

Die Menschen sind glücklich in Chile

Der Artikel „Verschwunden in Chile“ von Marlin Gester in der F.A.Z. vom 28. März hat nicht nur klarstellende Wirkung, auch was Zahlen angeht. Er klagt vor allem Chile wiederum an. Und das bedauere ich außerordentlich; denn die Chilenen empfinden dieses Einmischen des Auslands in ihre Angelegenheiten als verletzend. Ich verbringe jedes Jahr einige Monate in Chile; zuletzt war ich von Ende November 1977 bis Anfang 1978 dort. Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie unglücklich die Chilenen über die ständige Kritik der Zeitungen gerade der Bundesrepublik an Chile sind, denn die Beziehungen zwischen den beiden Ländern waren bisher freundschaftlich.

Ich kann Ihnen versichern, daß in Chile kein Mensch wegen seiner politischen Gesinnung eingesperrt wird. Wenn er sich allerdings politisch gegen die Regierung betätigt, muß er eine Festnahme gewärtigen. Nach den chaotischen Verhältnissen unter Allende muß erst mal Ruhe und Ordnung im Lande herrschen. Sie glauben nicht, wie glücklich die Menschen dort über diese gegenwärtige Ruhe und Ordnung sind.

Chile deswegen mit den Diktaturen des Ostblocks in einen Topf zu werfen, ist grundfalsch.

Die chilenische Militärregierung hat das Land von marxistischer Zwangswirtschaft befreit und die freie Marktwirtschaft wieder eingeführt. Die Inflation sank von 700 Prozent unter Allende auf jetzt 60 Prozent. Chile zahlt Auslandsschulden ab, weil es wieder genug Devisen hat. In Chile kann man alle Zeitungen des Auslands kaufen. In Chile darf jeder Bürger auswandern, wenn er will; es gibt keinen Eisernen Vorhang. Wenn das Volk sich unterdrückt fühlte, würde eine Massenauswanderung eingesetzt haben. Das war und ist nicht der Fall. Chile hat eine freie, geheime Volksbefragung durchgeführt, was im Ostblock nicht möglich ist. Chile sollte ein zweites Kuba werden. Es mißlang. Wir sollten dem chilenischen Volk für die Abfuhr, die es dem Kommunismus erteilt hat, dankbar sein und nicht ständig auf ihm herumhacken.

Johannes Bartelt, Oberstudienrat i. R., Speyer

Pinochet bildet sein Kabinett um

SANTIAGO, 13. April (Reuter). Das chilenische Kabinett ist geschlossen zurückgetreten, um Präsident Pinochet freie Hand bei der Einführung politischer Reformen zu geben. Pinochet nahm den Rücktritt an und ernannte unmittelbar danach den bisherigen Präsidenten des Rechnungshofs, Sergio Fernández, zum neuen Innenminister. Fernández ist der erste Zivilist auf diesem Posten seit dem Militärputsch gegen den marxistischen Präsidenten Allende im September 1973. Neuer Verteidigungsminister wurde General Cesar Benavides, der bisher das Innenministerium verwaltete.

Ein amtlicher Sprecher sagte in Santiago, Minister Fernández werde dem Präsidenten innerhalb von 48 Stunden die neue Kabinettsliste vorlegen. Bis dahin werde die alte Regierung, von deren zwanzig Ministern neun Zivilisten waren, weiter amtieren. Am 5. April hatte Pinochet in einer Rundfunkrede angekündigt, er plane die Einführung einer autoritären Demokratie. Dabei sollten die Zivilisten eine weitaus bedeutendere Rolle in der Regierung spielen als bisher. Die politische Macht bliebe jedoch in den Händen der Streitkräfte. Der bisherige Verteidigungsminister General Brady wurde zum Berater des Präsidenten im Ministerrat ernannt.

Pinochet hatte in seiner Rede weiter erklärt, die verbotenen politischen Parteien würden in die von ihm geplanten Reformen nicht einbezogen. Eine neue Verfassung, die von einem Sonderausschuß ausgearbeitet werde, werde dem chilenischen Volk im kommenden Jahr in einem Referendum zur Entscheidung vorgelegt. Wahlen schloß Pinochet aus.

In einer kurzen Vereidigungszeremonie sagte Pinochet am Mittwochabend, die Berufung Fernández' werde die zivile Präsenz in der Militärregierung stärken. Kurz vor der Ernennung Fernández' zum Präsidenten des Rechnungshofes hatte Pinochet im Januar zu einem nationalen Referendum über seine Regierungspolitik aufgerufen. Fernández revidierte die Entscheidung seines Amtsvorgängers, der das Referendum als illegal bezeichnet hatte. In der Volksabstimmung hatten sich 75 Prozent für Pinochet ausgesprochen.

FAZ 14.4.78

„Verschwun

Zahlen über die Verletzung der Menschen

RIO DE JANEIRO, im März

Es dürfte künftig schwerer werden, die „Wahrheit über Chile“ zu verfälschen, zu unterdrücken oder auch nur zu übersehen. Denn der Pulverdampf, der nach dem Tode Allendes die chilenische Szene zunächst vernebelte, zieht langsam ab. Dank der Arbeit der katholischen Kirche und einer gewissen Kooperationsbereitschaft der chilenischen Regierung ist es heute nicht mehr sehr schwer, relativ genau herauszubekommen, in welchem Umfang die Menschenrechte in dem Staat jenseits der Anden noch verletzt werden.

Ein besonders trauriges Kapitel war im Chile der letzten Jahre das Schicksal der sogenannten „desaparecidos“. Bei diesen „Verschwundenen“ handelt es sich um Menschen, die vermißt werden, weil sie mit hoher Wahrscheinlichkeit aus politischen Gründen umgebracht wurden. Noch heute wird in Zeitungen vieler Länder häufig von 2500 spurlos Verschwundenen berichtet. Die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen, die sich mit der Lage in Chile befaßt hat, kam in ihrer jüngsten, allem Anschein nach recht oberflächlichen Untersuchung auf 1100 Fälle. Auch das Internationale Rote Kreuz hatte eine Liste mit etwa tausend Namen zusammengestellt.

Die Männer, die sich im Auftrag des Kardinals von Santiago um die politische Verfolgten kümmern, behaupten dagegen, die Rote-Kreuz-Liste sei nicht laufend korrigiert worden; zutreffend sei vielmehr von über 500 „desaparecidos“ zu sprechen. Zum gleichen Ergebnis kam die Regierung. Ende vergangenen Jahres legte sie Materialien vor, denen zufolge von insgesamt 1700 Vermißten-Anzeigen inzwischen 1200 geklärt werden konnten. Den Behörden gelang es damals, nachzuweisen, daß etliche „Verschwundene“ völlig frei in Chile oder im Ausland lebten.

Die meisten der seit dem Umsturz 1973 erfaßten Fälle wurden gleich zu Beginn, in den blutigen Wochen und Monaten nach dem Regimewechsel, registriert. 1976 wurden dagegen von der Kirche „nur“ noch 118 „desaparecidos“ gezählt; im vergangenen Jahr waren es noch 14. Der letzte Fall wurde den kirchlichen Behörden im Oktober ge-

meldet. Man kann wohl annehmen, daß auch noch ein Teil der 500 ungewisser Schicksale als „unpolitisch“ aufgeklärt wird. Denn immerhin sind in Chile auch in völlig normalen Zeiten jedes Jahr 500 bis 700 Personen „untergetaucht“, sei es, weil ihr Tod nicht gemeldet wurde, sei es, weil sie über Nacht Frau und Familie sitzenließen oder heimlich über die Grenze gingen.

Die Abrechnung mit den Männern der Allende-Regierung hat zunächst zu sehr harten Urteilen der Militärgerichte geführt. Doch inzwischen wurden bei weitem die meisten der Betroffenen auf Grund des 1975 verkündeten Dekrets Nummer 504 ins Ausland abgeschoben. So erklärt sich, daß nach kirchlichen Angaben von den Verurteilten „nur“ noch 132 im Gefängnis sitzen.

Das Justizministerium veröffentlichte Ende 1977 eine etwas niedrigere Zahl: Nach den Unterlagen der Begnadigungskommission befanden sich am 21. Dezember noch 112 „von Militärgerichten Verurteilte in Gefängnissen“. Da über 80 Begnadigungsanträge noch verhandelt wird, ist denkbar, daß in absehbarer Zeit „nur“ noch 30 bis 50 Aktivisten der Volksfront in Unfreiheit leben. Auf ihren Prozeß sollen derzeit noch 341 Regime-Gegner warten; davon sind freilich — immer der gleichen Quelle zufolge — 259 auf freiem Fuß. Die Zahl der — meist nur vorübergehend — Verhafteten ging, so heißt es weiter, von 552 im Jahre 1976 auf 347 im Jahre 1977 zurück.

Gefoltert

Die Verhaftungsprozedur soll sich nicht wesentlich geändert haben. Die Beamten kommen angeblich noch immer ohne Haftbefehle, „bestenfalls weisen sie sich mit ihrer Polizeiplakette aus“. Die vom Gesetz vorgeschriebene Benachrichtigung der Verwandten innerhalb von 48 Stunden wird „niemals eingehalten“, ebensowenig die für höchstens fünf Tage zulässige Isolierung der Regime-Gegner. Immerhin wird aber von den kirchlichen Beobachtern eingeräumt, daß die Frauen heute „nur noch einige Tage“ bei den

den“ in Chile

rechte im Anden-Staat / Von Martin Gester

Behörden und Gefängnissen anklopfen, bis sie schließlich herausbekommen haben, wo ihre Männer oder Söhne festgehalten werden. Und während es früher „Monate“ gedauert habe, bis den Festgenommenen erste Kontakte mit den Verwandten oder Anwälten erlaubt worden seien, vergingen heute, so wird weiter anerkannt, „maximal zwei Wochen“. Die 347 Verhafteten des vergangenen Jahres seien, so wird versichert, alle starken psychologischen Pressionen ausgesetzt gewesen. Eine „beträchtliche Zahl“ sei sogar gefoltert worden.

In vielen Fällen sollen die Verdächtigen von Angehörigen der im vergangenen August gegründeten „Nationalen Informationszentrale“ abgeholt worden sein, und das, obwohl die Regierung dieser Organisation im Gegensatz zum Vorgänger, dem Pinochet direkt unterstellten Geheimdienst DINA, keine Exekutivgewalt übertragen habe. So gesehen, scheint die Auflösung der gefürchteten „Dirección de Inteligencia Nacional“ keine Zäsur, sondern nur der Abschluß einer besonders repressiven Phase gewesen zu sein.

Die offensichtlich noch immer vorkommenden Folterungen sind ohne Frage der dunkelste Fleck auf den grauen Westen der Generäle. Die 500 Menschen, deren Spur sich verloren hat, sind zwar auch eine bedrückende Zahl, doch es bleibt immerhin festzuhalten, daß der Umsturz am 11. September nicht eine Million Menschenleben gekostet hat, wie Kommunisten und Sozialisten vor dem „konterrevolutionären Putsch“ angekündigt hatten, und auch nicht mehrere hunderttausend oder zigtausend, wie Radio Moskau und viele andere Propagandisten der „Unidad Popular“ der Welt zunächst einreden wollten. Gerade weil die „Arbeiterklasse“ die Betriebe nicht verteidigte, sondern entgegen allen marxistischen Gesetzen nach Hause ging, konnte eine „Anti-Chile-Kampagne“ nicht ausbleiben. Denn schließlich durfte man nicht zugeben, daß es einigen Generälen gelungen war, den „unaufhaltsamen Vormarsch des Sozialismus“ als die Machtokkupation einer Minderheit offenbar werden zu lassen, die nur vorgab, im Namen des Volkes zu handeln.

Auch die etwa 200 Menschen, die zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden oder in Gefängnissen auf ihren Prozeß warten, sind gewiß ein gewichtiges Argument gegen das Regime der Offiziere, auch wenn man unterstellt, daß ein Teil der Regierungsfeinde wegen politisch motivierter Gewaltaktionen zur Rechenschaft gezogen wird. Doch andererseits kann bei dieser Zahl der Widerstand des „geknebelten Volkes“ nicht so groß sein, wie manche behaupten. Wer die Zustände in Chile beurteilen will, sollte denn auch endlich erkennen, daß er sich dabei nicht nur auf die Angaben verbitterter Exil-Chilenen verlassen darf, sondern viel mehr auf die nie ernstlich bestrittenen Informationen, die im Auftrag des Kardinals in Chile gesammelt werden.

Besserungen

Obwohl die Übergriffe in Chile den erwähnten Zahlen zufolge im internationalen Vergleich von solch trauriger „Normalität“ sind, daß darüber — gäbe es nicht das gescheiterte Experiment Allendes — heute kaum gesprochen würde, bleibt für jeden, der in den Menschenrechten mehr als eine taktisch manipulierbare Größe sieht, die Pflicht zur Kritik am derzeitigen Regime. Bei dieser Kritik sollte man freilich nicht die beachtlichen Fortschritte der Jahre 1976 und 1977 übergehen. Mit dem ausdrücklichen Hinweis auf diese Verbesserungen würden alle die Militärs gestärkt, die sich innerhalb der Regierung für eine humanere Behandlung der politischen Gegner einsetzen. Bonn hat das Gegenteil getan. Es hat sich 1976 bei der Abstimmung in den Vereinten Nationen über Chile der Stimme enthalten, gehörte dann aber 1977 zu der Mehrheit um die Vereinigten Staaten und Kuba, die das Regime der Offiziere verurteilte. Dadurch sahen sich alle radikalen Kräfte in Santiago bestätigt, die es für sinnlos halten, sich von einer weltweiten Kampagne beeindrucken zu lassen, deren Betreibern es mit ihren „maßlos übertriebenen Vorwürfen“ letztlich gar nicht um die Menschenrechte gehe.

FAZ
29.3.77

Eine bittere Lehre für die chilenischen Parteien

Aus Santiago berichtet Martin Gester

Die „Nationale Konsultation“, zu der die Regierung Pinochet das Volk an die Urnen rief, hat eindeutig bewiesen, daß Chile nicht von einer totalitären, faschistischen Generals-Clique, sondern von autoritären, nichtdemokratischen Militärs kontrolliert wird. Der autoritäre Regierungsstil zeigte sich besonders deutlich in der Wahlvorbereitung. Der Wahltermin wurde kurzfristig festgesetzt, so daß sich die zwar verbotenen, aber in ihrem harten Kern selbstverständlich weiter agierenden Parteien darauf nur unzureichend vorbereiten konnten. Die von der Regierung weiterhin kontrollierten Fernsehsender blendeten immer wieder Werbung für das „Si“, für das „Ja“ zur „Consulta“ ein. In Zeitungen erschienen seitenlang bezahlte Anzeigen der verschiedensten Verbände, in denen die Regierung gefeiert wurde. Bezahlte Texte, in denen gegen Pinochet Stellung bezogen wurde, durften die Zeitungen dagegen nicht veröffentlichen. Auf die Chilenen ging zudem eine Papierflut von Propaganda nieder. Die für die Junta arbeitenden Trupps konnten ihr Material unbehindert verteilen. Einige Demonstranten, die angeblich „Unruhe provozierten“ und doch nur laut und vernehmlich gegen Form und Inhalt der Volksbefragung protestierten, wurden dagegen vorübergehend festgenommen. An öffentlichen Gebäuden hingen — zwar nicht in allzu großer Zahl, aber doch unübersehbar — Transparente, die ein „Ja“ für die „Consulta Nacional“ forderten. „Nein“-Plakate waren dagegen nicht zu entdecken.

Doch es gab immerhin Handzettel, auf denen der „Partido Radical“ und die „Christdemokraten“ zu einem „Nein zu Pinochet“ aufriefen. Die großen Zeitungen brachten den vollständigen Text der Erklärung, mit der sich der ehemalige Präsident Eduardo Frei gegen die Regierung und ihre Befragung wandte. Auch das Fernsehen und wichtige Radiostationen berichteten ausführlich darüber. In den Nachrichtenmagazinen benutzten bekannte Chilenen ihr „Nein“, und am Abend vor der Wahl konnte ein Vertreter der Christdemokraten in einer Fernsehrunde alle stichhaltigen Argumente gegen die „Consulta“ einem potentiellen Millionen-Publikum vortragen.

Selbstverständlich kritisierte er die Fragestellung, die Pinochet den 5,3 Millionen Wählern präsentierte. Der Präsident bat „sein Volk“ um die Unterstützung bei der Verteidigung der Würde Chiles. Er sieht diese Würde durch die Vereinten Nationen gefährdet, die seine

Wie stark sie alle angeschlagen wurden, läßt sich an den letzten Wahlen im März 1973 unter der Präsidentschaft Allendes ablesen. Damals bekamen die Kommunisten und Sozialisten zusammen mit den in der Volksfront verbliebenen Splittergruppen 43,4 Prozent der Stimmen. Die Christdemokraten erhielten zusammen mit den anderen Oppositionsgruppen 54,7 Prozent. Das öffentliche ausgezählte Ergebnis der „Consulta“, deren korrekte Abwicklung bislang von keiner ernst zu nehmenden Gruppe in Zweifel gezogen wurde, drängt also den Schluß auf, daß eine erdrückende Mehrheit der christdemokratischen und ein großer Teil der sozialistischen Wähler zu den Militärs übergelaufen sind. Seit dem 4. Januar muß man sich demnach fragen, ob die alten Parteien bereits fast tote Parteien sind.

Das Wahlergebnis ist denn auch für die Christdemokraten und Sozialisten eine bittere Lektion. Wenn der Junta nach der Konsolidierung auch noch der ökonomische Durchbruch gelingt, so könnte am 4. Januar sogar das letzte Kapitel der alten Parteien geschrieben worden sein. Die Wähler haben offensichtlich nicht vergessen, daß es die Eiferer und Ideologen mit ihrer Demagogie und ihrem Partei-Egoismus waren, die Chile an den „Rand des Abgrunds“ gebracht haben. Die meisten alten Politiker haben dagegen bis heute noch nicht begriffen, wie sehr die Chilenen die „Parteienwirtschaft“ leid sind.

Für die Vereinten Nationen ist die Dreiviertel-Mehrheit eine weltweit schallende Ohrfeige. Bei der von Washington, Havanna und Stockholm eingebrachten Dezember-Resolution stimmten mit 98 Ländern so viele wie nie zuvor gegen Chile. Nur 28 Staaten enthielten sich der Stimme und 12 lehnten jede Verurteilung ab. Die Bundesrepublik, die sich im Jahr zuvor noch der Stimme enthalten hatte, schloß sich diesmal der Mehrheit der Chile-Protestanten an. Dabei brachte gerade das letzte Jahr bei der Beachtung der Menschenrechte jenseits der Anden erhebliche Fortschritte. Nach Angaben kirchlicher Kreise sind von Januar bis November dieses Jahres nicht mehr Dutzende oder gar Hunderte von Chilenen verschwunden, sondern „nur“ noch 14. In der gleichen Zeit sollen etwa 100 „willkürlich verhaftet“ worden sein. Die

Regierung vor kurzem abermals wegen der Verletzung der Menschenrechte verurteilte. Gleichzeitig wollte der General von den Chilenen die Legitimation für die souveräne Steuerung des Prozesses der Institutionalisierung. Zu Recht nannte der Christdemokrat in der Übertragung das „Ja“ zu diesen Forderungen eine „Carta blanca“, eine Blankovollmacht für Pinochet. Zu Recht bezeichnete er die Verbindung der „UN-Aggression gegen Chile“ mit der Position Pinochets eine fragwürdige Koppelung von außen- und innenpolitischen Fragen. Zu Recht wies er auf die demagogische Alternative hin, die jeden „Nein-Sager“ als einen „schlechten Chilenen“ und vaterlandslosen Lumpen abstempelte, der in der Stunde äußerer Bedrohung nicht bereit ist, die „Würde und Souveränität Chiles zu verteidigen“. Zu Recht sprach er von einer nur „relativen Freiheit“ in Chile, und sicherlich stimmt es, daß Menschen allein schon wegen „psychologischer Pression“ mit Angst oder zumindest mit gemischten Gefühlen zu den Wahllokalen gegangen sind.

Doch wer ein Mindestmaß an politischem Interesse aufbrachte, konnte und mußte wissen, daß die Kirche, die Vertreter der Luftwaffe und Marine und — außer den „Nationalen“ — auch alle Parteien Pinochet mit einem „Nein“ bremsen wollten. Wenn trotzdem 75 Prozent in einem zweifellos freien Wahlakt das „Si“ ankreuzten, so kann Pinochet schon zu Recht von einem Triumph sprechen. Die Historiker behaupten, in diesem Jahrhundert sei in Chile nur Frei mit absoluter Mehrheit zum Präsidenten gewählt worden. Allende bekam nur 36 Prozent.

Man kann sicherlich unterstellen, daß sowohl die Ja-Wähler als auch die 20,4 Prozent, die sich für das „Nein“ entschieden, und die 4,5 Prozent, die sich der Stimme enthielten oder ungültige Zettel abgaben, bei aller Empörung über die Vereinten Nationen ihre Entscheidung auch als eine Abstimmung über die Militärregierung auffaßten. Die Parteien selbst haben in den letzten Tagen immer wieder darauf hingewiesen, daß es in diesem „Plebiszit“ in erster Linie um ein Urteil über Pinochet und seine Regierung gehe. Der Präsident irrte, als er glaubte, er könne die außenpolitischen Ressentiments für sich aktivieren, ohne die innenpolitische Diskussion zu reaktivieren. Die traditionellen Parteien verlieren jedoch jetzt noch mehr an Glaubwürdigkeit, wenn sie die gleiche Befragung, die sie zuvor als eine Entscheidung über Pinochet hochspielten, jetzt als innenpolitisch kaum relevante Umfrage abtun.

nde Ohrfeige

Zahl der „politischen Gefangenen“ wird von gleicher, durchaus glaubwürdiger Seite mit 240 angegeben. Das sind nach unverrückbaren demokratischen Maßstäben traurige Zahlen. Gemessen an der sehr viel traurigeren Praxis in Dutzenden anderer, niemals ähnlich verurteilter Länder Asiens, Afrikas, Osteuropas und Lateinamerikas sind das freilich Zahlen, die Chile in der tristen Tabelle der Menschenrechtsverletzer noch nicht einmal einen Platz im Mittelfeld zuweisen.

Auch die Regierung in Bonn muß sich heute fragen lassen, ob sie durch die im internationalen Maßstab überzogene Verurteilung Chiles nicht dazu beigetragen hat, die demokratische Opposition jenseits der Anden zu schwächen. Denn selbstverständlich hat das Ergebnis der plebiszitären „Consulta“ Pinochet ungewöhnlich gestärkt. Erst die kommenden Wochen können zeigen, ob er die ihm zugespielte Chance nutzt und sich — wie vielfach befürchtet — zum grimmigen Ein-Mann-Diktator aufschwingt.

Von bestimmten Linksrgruppen der Bundesrepublik kann man nicht erwarten, daß sie für einige tausend DDR-Häftlinge genauso engagiert auf die Straße gehen wie für einige hundert Chilenen. Doch eine an Liberalisierung interessierte Regierung, die in ihrer Ostpolitik jeden Tag beweist, wie vorsichtig sie zu agieren weiß, wenn jenseits der Elbe durch Pression von außen ein Aufwind für die „Falken“ droht, hätte rechtzeitig erkennen müssen, daß auch bei den nationalbewußten Chilenen mit einer Solidarisierung gegen die „unberechtigten Angriffe von draußen“ zu rechnen war. Und eine um Objektivität bemühte Regierung hätte trotz der vielen verzerrten Berichte über Chile beizeiten erkennen müssen, daß in Chile nicht Faschisten, sondern autoritäre (Noch-)Nicht-Demokraten regieren. Der Unterschied zwischen den 99 Prozent für die Regierungen des Ostblocks und den 75 Prozent für Pinochet läßt sich in Prozenten nicht fassen. Die Regierungen in Warschau und Bukarest können es sich gewiß nicht leisten, sich dem Volk bei offenen Grenzen in einem freien Wahlakt zu stellen. Durch die Kampagne gegen Chile ist dieser wesentliche Unterschied bislang verwischt worden.

Pinochet sieht sich bestätigt Drei von vier Chilenen gegen Vorwürfe von außen

Der Junta-Chef: Parlamentswahlen frühestens 1986 / „Aggressive Außenpolitik“ angekündigt

SANTIAGO, 5. Januar (Reuter). Bei der Volksabstimmung in Chile hat Staatschef Pinochet die Unterstützung von 75 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Nach dem vorläufigen Endergebnis vom Donnerstag stimmten etwas über 20 Prozent der 5,3 Millionen Wähler mit „Nein“. Fünf Prozent der Stimmzettel waren nach amtlichen Angaben ungültig oder leer. Wahlberechtigt waren etwa sechs Millionen Chilenen, die von den seit dem Militärputsch von 1973 verbotenen Parteien aufgefordert worden waren, nicht oder mit „Nein“ zu stimmen.

Pinochet wertete das Ergebnis als große Unterstützung für seine Regierung. Parlamentswahlen würden frühestens in acht Jahren wieder zugelassen. Zugleich kündigte er eine Botschaft an UN-Generalsekretär Kurt Waldheim an, daß Chile weitere Untersuchungen über die Menschenrechte im Lande nicht wünsche.

Mit dem Referendum beabsichtigte Pinochet, die Kritik der Vereinten Nationen an Menschenrechtsverletzungen in Chile zurückweisen zu lassen. Bereits

nach Vorliegen erster Ergebnisse sagte er, die Chilenen hätten jetzt bewiesen, daß sie den Kurs der seit 1973 regierenden Junta guthießen.

Die Ankündigung des Referendums hatte in der Junta zu Spannungen geführt. Am Mittwoch bekräftigte Luftwaffenchef Leigh seine Ablehnung. Das Abstimmungsergebnis werde im Ausland keinen Eindruck machen, in Chile aber politische Folgen haben. Auch der Chef der Marine hatte sich gegen das Referendum gewandt.

Pinochet kündigte eine aggressive und pragmatische Außenpolitik seiner Regierung an. Das werde auch eine Umstrukturierung im Außenministerium bedeuten. Er wolle nun Abordnungen in die lateinamerikanischen Länder entsenden, um die jeweiligen Regierungen über die tatsächlichen Vorgänge in Chile zu unterrichten. Dabei werde er um bisher nicht gewährte Hilfe der „Organisation amerikanischer Staaten“ (OAS) bitten, da Chile ein zivilisiertes Land sei und schließlich die „Organisation für die Einheit Afrikas“

(OAU) ja auch für Ugandas Präsident Idi Amin eintrete.

Gegen die Menschenrechte wird in Chile nach Auffassung der internationalen Juristen-Kommission weiterhin — wenn auch in geringerem Umfang als früher — verstoßen. In einem am Donnerstag in Genf vorgelegten Bericht der Kommission hieß es, die „gesamte Struktur der Unterdrückung und die Aufhebung der Grundrechte und fundamentalen Freiheiten“ seien trotz einiger von der militärischen Führung angeordneter Erleichterungen wie der Auflösung der berüchtigten Sicherheitspolizei Dina unverändert geblieben.

„Politische Verfahren werden nach wie vor von Militärgerichten verhandelt. Die Zivilgerichte nehmen nach wie vor die ihnen zustehenden Kompetenzen zur richterlichen Kontrolle über die Exekutive nach den Notstandsregeln nicht wahr“, schreiben die Autoren. (Zum Referendum in Chile siehe den Bericht unseres Korrespondenten auf Seite 3.)

Pinochets Abstimmung als unfair bezeichnet

US-Außenministerium weist auf Unterdrückung in Chile hin / Allendes Witwe spricht von Betrug

FRANKFURT A. M., 6. Januar (Reuter/dpa/AP). Das Ergebnis des Referendums in Chile, bei dem sich 75 Prozent mit dem Chef der Militärjunta, General Augusto Pinochet, einverstanden erklärt hatten, löste betroffene Reaktionen aus. Mit den Worten „Die Welt wird nicht auf den Betrug von Pinochet hereinfallen“, wandte sich die Witwe des ermordeten früheren Staatspräsidenten Allende am Donnerstag gegen die Volksabstimmung in ihrem Heimatland und warf in Mexiko-Stadt der Junta eine Manipulation des Referendums vor. Außerdem forderte sie die Wiederher-

stellung demokratischer Freiheiten in Chile.

Das US-Außenministerium bezeichnete die Abstimmung als unfair und wies darauf hin, daß in Chile jede politische Betätigung verboten und die Presse- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt sei. Überdies habe man den Wählern die Sache als eine Wahl zwischen der „Würde Chiles“ und der „internationalen Aggression“ dargestellt, verlautete aus Washington. Das sowjetische Parteiorgan „Prawda“ sprach am Freitag von einem „schändlichen Schauspiel“, das auf den sich auf „Gewalt und Einschüchterung stützenden faulen Brettern der politischen Bühne der faschistischen Junta“ aufgeführt worden sei.

In der Bundesrepublik verurteilten am Donnerstag Vertreter von SPD, CDU und FDP das Vorgehen Pinochets. Die CSU-Landesleitung forderte allerdings dazu auf, alle Vorgänge in Chile mit besonderer Sorgfalt darzustellen. Wie kaum ein anderes Land habe Chile unter einer gezielten Desinformation zu

leiden, die weltweit von linken und kommunistischen Kreisen aus Zorn über den Sturz des marxistisch-sozialistischen Präsidenten verbreitet werde.

Pinochet erklärte unterdessen in Santiago, er werde einer UN-Untersuchungskommission über Menschenrechtsverletzungen unter der Bedingung die Einreise nach Chile gestatten, daß sie „unter objektiven Normen zu arbeiten bereit ist“. Diese Bereitschaft habe er in einem Schreiben an UN-Generalsekretär Waldheim bekundet. Noch am Mittwoch hatte der Junta-Chef nach der Volksbefragung erklärt, er wolle Waldheim schreiben, daß Chile Untersuchungskommissionen nicht wünsche.

Der chilenische Luftwaffengeneral Gustavo Leigh, der zunächst als Junta-Mitglied Bedenken gegen das von Pinochet angeordnete Referendum angemeldet hatte, bezeichnete seine Abwesenheit bei der Siegesfeier nach der Volksabstimmung als „Mißverständnis“ und „Zufall“. Die Luftwaffe werde gegenüber dem Präsidenten eine „korrekte Haltung“ annehmen,

„Chile ein Staat ohne demokratische Grundordnung“

HAMBURG, 5. Januar (dpa). Sprecher der Bundestagsparteien sehen in dem Ergebnis der Volksabstimmung in Chile keinen Beweis für eine Demokratie in dem Land. Das Ergebnis des Referendums kann nach Ansicht der SPD niemanden überraschen. Die Rücksichtslosigkeit und Brutalität, mit der die Abstimmung vorbereitet und durchgeführt worden sei, widerlege alle jene, die den faschistischen Charakter der Junta vergessen machen wollten, sagte der stellvertretende SPD-Vorstandssprecher Heye am Donnerstag in Bonn. Der CDU-Politiker und Vizepräsident der Weltunion der Christlichen Demokraten, von Hassel, sagte am Donnerstag, Chile sei gegenwärtig ohne demokratische Grundordnung und ein Staat auf der Grenze zwischen autoritärer Führung und Diktatur. Der FDP-Politiker Möllemann sagte, es gebe eine Unzahl von Belegen, daß sich der chilenische Staatspräsident Pinochet mit Folter, Mord und KZ an der Macht halte.

Diktatoren-Los

Southernblatt

Von Anton-Andreas Guha 8.1.78

Während Meldungen von einem angeblichen Bruch innerhalb der vierköpfigen chilenischen Militärjunta weltweit Schlagzeilen machen, wird kaum beachtet, daß auch die regierenden argentinischen Militärs ernsthaft zerstritten sind. Zusätzlich scheinen Spannungen zwischen beiden Regierungen wegen umstrittener Grenzverläufe aufge-taucht zu sein.

Daß Militärregimes keine Garanten für innere oder äußere Stabilität sind, weil sie soziale Spannungen und gesellschaftliche Gegensätze nur mit Gewalt zu decken, ist eine Binsenweisheit, die freilich meist nicht zur Kenntnis genommen wird (beispielsweise von ausländischen Kapitalinvestoren).

Chile wird offenbar nur noch pro forma von einem Generalstabsregiment regiert, in Wirklichkeit dürfte Präsident Augusto Pinochet allein das Sagen haben. Die Art, wie er die Volksabstimmung über die Chile verurteilende UNO-Resolution durchsetzte und dabei die Rechte der übrigen drei Junta-Kameraden mißachtete, bestätigt diese Einschätzung. Den Einspruch von Luftwaffenchef Leigh und Marineoberbefehlshaber Toribio Merino nahm Pinochet kaum zur Kenntnis.

Andererseits braucht Pinochet das Spektakel der „Volksbefragung“, um das persönliche Prestige und das seines Regimes aufzuwerten. Da kam die Chance, die Chilenen am patriotischen Portepepe zu fassen, gerade recht. Das macht die Farce indes noch nicht zum Drama, zumal die Chilenen gar nicht wußten, worüber sie eigentlich abstimmten, da die UNO-Resolution nicht im vollen Wortlaut bekanntgemacht werden durfte.

Informationen aus Chile besagen, daß sich Pinochet zwar gegen seine Junta-Kameraden durchgesetzt habe, daß aber

der Widerstand im Lande so angewachsen sei; daß der Diktator nicht mehr nach Belieben schalten und walten könne. Innerhalb der Streitkräfte hätten nicht Leigh und Merino einen Bruch herbeigeführt, vielmehr wachse die Ablehnung großer Teile der Mannschaften und des mittleren Offizierskorps. Auch der Widerstand der Kirche und die Tätigkeit der verbotenen Parteien im Untergrund scheinen ihre Wirkung zu tun.

Anders die Verhältnisse in Argentinien. Hinter der Einheitsfassade scheint sich ein Machtkampf abzuspielen. Obwohl das Militär mit außerordentlicher Härte wahllos gegen Guerilleros, Sympathisanten sowie Unbeteiligte durchgegriffen hat, ist Präsident Jorge Videla den Vertretern der harten Linie offenbar noch zu weich. Der praktizierende Katholik beschwor in den Augen seiner Kameraden die Gefahr herauf, daß die Sicherheit der Fußball-Weltmeisterschaft

nicht zu garantieren sei. Die Vorstellung, vor den Augen der Welt könnten in überfüllten Stadien Bomben explodieren, bereitet schlaflose Nächte.

Videla wäre längst entmachtet worden, wäre es nicht wegen einiger unwesentlicher Grenzverläufe in den Anden und wegen dreier kleiner Inseln vor Kap Horn, die Großbritannien an Chile zurückgeben wollte, zum Streit mit der Nachbardiktatur gekommen. Die Inseln haben insofern Bedeutung, als sie die Territorialgewässer Chiles erheblich in den Atlantik und auf die dortigen Fischgründe ausdehnen. auch von Öl ist die Rede. Die Außenminister beider Staaten haben die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen.

Chile und Argentinien befinden sich also im Spannungszustand. Dies verleiht der Lieferung eines deutschen U-Bootes an Buenos Aires — weitere Lieferungen oder die Überlassung des technologischen Know-hows sind offensichtlich geplant — eine unerwartete Brisanz, denn bundesdeutsche Waffenexporte in Spannungsgebiete sind unzulässig.

In China ist der Block aus der Ver-
Seit 1966 nicht in Erscheinung getreten
Seit 1966 nicht in Erscheinung getreten
FR 7.1.

FRANKFURT A. M., 6. Januar. Ohne besonderes Aufsehen hat die chinesische Staatsführung acht „bürgerliche“ (nichtkommunistische) Parteien nach zwölf Jahren wieder auflieben lassen. Wie aus einem Bericht der zentralen KP-Zeitung „Renmin Ribao“ (Volkszeitung) hervorgeht, haben Vertreter dieser Parteien Ende Dezember an einer Sitzung des Ständigen Ausschusses der „Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes“ teilgenommen, einer Einheitsfrontorganisation, der auch die Massenorganisationen (Gewerkschaften, Bauernligen, Jugend- und Frauenverbände, Vertretungen nationaler Minderheiten) angeschlossen sind.

Die acht bürgerlichen Parteien hatten zusammen mit den Kommunisten ab 1949 zur Konsultativkonferenz gehört. Die Führung dieser Einheitsfrontorganisation war von Anfang an der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) zuerkannt worden. Seit Beginn der Kulturrevolution (1966) waren weder die acht nichtkommunistischen Parteien noch die Konsultativkonferenz öffentlich in Erscheinung getreten.

Auf der Ausschusssitzung wies Verteidigungsminister Marschall Ya Djianying auf den bevorstehenden Volkskongreß — den Zusammentritt des Parlaments — hin. Er bezeichnete die Ein-

heitsfront als „eine magische Waffe der KPCh für den Sieg“. Sie sei besonders wichtig bei der „Aufforderung an die Angehörigen der nationalen Bourgeoisie, die sozialistische Umgestaltung zu akzeptieren“, wie die amtliche Nachrichtenagentur Hsinhua meldet.

Die acht Blockparteien sind offenbar für die Arbeit unter der Intelligenz aktiviert worden. Ihre Rollen waren schon vor 1966 genau definiert. Es handelt sich um folgenden Organisationen:

Revolutionäres Komitee der Kuomintang, eine 1948 organisierte Abspaltung von der konservativen Partei Tschiang Kai-scheks, die auf Taiwan gegenwärtig faktisch Einheitspartei ist. Ihre Mitglieder waren (nach dem Stand von 1966) vorwiegend ehemalige Funktionäre der Kuomintang, die sich zum Zusammengehen mit der KPCh entschlossen hatten.

Demokratische Liga Chinas, gegründet 1941, 1947 im Machtbereich der Kuomintang verboten; eine Partei von Intellektuellen, vorwiegend Lehrer und Künstler, die den nationalen Ausgleich mit der KPCh anstrebten und die Korruption unter Tschiang Kai-scheck bekämpften.

Gesellschaft für den Demokratischen Aufbau, gegründet 1945 von Industriellen und Intellektuellen, bis 1966 die Partei der „patriotischen Industrie- und Handelskapitalisten“.

Chinesische Gesellschaft zur Förderung der Demokratie, gegründet 1945 in Schanghai von Wissenschaftlern, Grundschul- und Mittelschullehrern sowie Journalisten.

Demokratische Bauern- und Arbeiterpartei, 1928 gegründet von Liberalen und Demokraten, die die Aktionen Tschiang Kai-scheks (1927) gegen die KP und die von ihr kontrollierten Gewerkschaften und Bauernligen verurteilten. Vertreter dieser Partei haben schon ab 1933 als Koalitionspartner in KP-geführten regionalen Revolutionsregierungen mitgewirkt. Auch diese Partei organisierte vor 1966 trotz ihres Namens vorwiegend Intellektuelle.

Dische-Gung-Partei, deren Wurzeln bis ins Jahr 1854 zurückreichen und auf die Taiping-Revolution zurückgehen (1851 bis 54). Sie galt als Partei der „patriotischen Auslandschinesen“.

Dju-San-Gesellschaft („Gesellschaft vom 3. September“, dem Jahrestag des Sieges über Japan 1945), vor 1966 eine Organisation der technischen Intelligenz, die von ihr laut Programm „auf den Weg des sozialistischen Aufbaus geführt“ werden sollte.

Liga für die demokratische Selbstverwaltung Taiwans, im Februar 1947 im Gefolge eines Aufstands gegen die japanische Besatzung entstanden, nach 1945 Sammelbecken von Taiwanern, die in der Volksrepublik sowie im Exil leben.

Formal steht die Heranziehung der acht Parteien, von denen keine jemals mehr als 30 000 Mitglieder hatte, im Widerspruch zu der gültigen Verfassung vom 17. Januar 1975, die auch die Einheitsfront-Organisation „Politische Konsultativkonferenz“ nicht mehr erwähnt. Andererseits ist eine Abteilung im Zentralkomitee der KP, die sich der Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Organisationen annehmen soll, kürzlich wieder aufgewertet worden. Sie wird gegenwärtig von dem Politbüro-Mitglied Ulanfu geleitet, einem 73 Jahre alten Mongolen, der vor 1967 für die nationalen Minderheiten in China verantwortlich, von 1967 bis 1973 während der Kulturrevolution jedoch in Ungnade gefallen war.

Nach Ansicht politischer Beobachter will die 38 Millionen Mitglieder zählende Kommunistische Partei durch die Wiederbelebung der acht Blockparteien ihre Basis unter den Intellektuellen weiter ausbauen. Die acht Parteien waren während der Kulturrevolution vom linken KP-Flügel als unzuverlässig eingestuft worden und wurden als Verfechter des bürgerlichen Liberalismus und Individualismus abqualifiziert. Die Rehabilitierung des Bürgerblocks wird als Angebot an die der KP noch nicht in ausreichendem Maße nahestehende technische Intelligenz des Landes gewertet.